

Dioxinhaltige Deponie: Krank nach dem Einsatz

GdP-Besuch an einem gefährlichen Ort bei Hannover

Südlich vom Steinhuder Meer führt die Bundesstraße 441 von Hannover in Richtung Westen. Rund 45 Kilometer, nachdem man die niedersächsische Landeshauptstadt verlassen hat, erreicht man Münchshagen. Der Ort hat sich in den letzten Wochen einen Namen gemacht. Keinen guten. In seiner Nähe liegt eine Sondermülldeponie. Und wie das so ist bei Mülldeponien: Sie enthalten allerlei Dreck, der der Gesundheit nicht zuträglich ist. Unter anderem wurde hier Dioxin gefunden. Der Name des italienischen Ortes Seveso wurde zum Synonym für das lebensgefährliche Gift. Welche Gefahr von der Deponie Münchshagen ausgeht und was dagegen unternommen werden soll, wurde in den letzten Wochen und Monaten zum Streitfall unter den Parteien im Niedersächsischen Landtag: Der regierende CDU und der oppositionellen SPD, F.D.P. und den Grünen. Kurz nachdem man sich im Niedersächsischen Landtag wortgewaltig um die tatsächliche oder vermeintliche Gefahr stritt, wurde es für nie-

dersächsische Polizeikollegen ernst: Sie meldeten sich krank, nachdem sie in unmittelbarer Nähe des dioxinhaltigen Bereichs Streife gegangen waren. Ihre Beschwerden: Übelkeit, Hautreizungen, Brechreiz, Schüttelfrost und starke Kopfschmerzen. Horst-Udo Ahlers, Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Niedersachsen, GdP-Geschäftsführer Peter Kabus und ich sind am 5. Dezember auf dem Weg zur Deponie Münchshagen. Dort erwarten uns Leitender Polizeidirektor Schendel, der soeben sein Amt als Kommandeur bei der Bezirksregierung Hannover angetreten hatte, sein Vertreter, Polizeidirektor Dautert, und der Einsatzleiter am Ort, Polizeidirektor Karl Napp. Der Wirbel um die Deponie und die bundesweite kritische Berichterstattung in Presse, Rundfunk und Fernsehen hatten den Zugang zur Deponie nicht eben einfacher gemacht und der Besuchswunsch der GdP hatte offensichtlich die Schreibtische und Telefone oberster Stellen passieren müssen. Die Dienstgrade des Empfangskomitees sprachen für den Stellenwert, den man dem GdP-Besuch beimaß.

Hatte die niedersächsische GdP in der Sache Münchshagen doch deutlich gemacht, daß mit ihr nicht gut Kirschenessen ist. Sie hatte auch wenig Grund, sich sanft zu geben. Was bis zum 5. Dezember geschehen war, rekapitulierte die niedersächsischen GdP-Kollegen auf der Fahrt zur Deponie. Am Freitag, dem 22. November, war die GdP auf den Plan gerufen worden. In der Nacht zuvor waren Unbekannte auf das Gelände der Deponie eingedrungen. Sie hatten Schläuche und Pumpen beschädigt, mit denen ein Polder trockengelegt werden sollte, dessen Ablagerungen dioxinhaltig sind. Damit diese Ablagerungen nicht aufwirbeln, verwendet man leistungsschwache Pumpen und Schläuche, die nicht viel dicker sind als Gartenschläuche.

Die Umpumpaktion war nach der Landtagsdebatte am 14. Oktober in Gang gekommen, in der die risikoreiche Lagerung von Sondermüll in der Deponie Münchshagen zu heftigen Auseinandersetzungen geführt hatte. Infolge der Beschädigung der Pumpanlagen war Polizeieinsatz angesagt. Während zunächst Einzeldienstbeamte zur Sicherung eingesetzt wurden, wurde alsbald Verstärkung von der Landesbereitschaftspolizei angefordert. Eine Hundertschaft — drei Züge aus Hannover und ein Zug aus Oldenburg — rückten zum Dienst rund um die Uhr an. Bereits nach dem ersten Einsatz von acht Stunden meldeten sich drei Beamte krank. Aufgrund des bereits beschriebenen Krankheitsbildes entschloß sich die Polizeiärztin, alle 30 Beamten des Oldenburger Einsatzzuges zu untersuchen. Nach jeder Schicht gab es rund drei Krankmeldungen, so daß ständig elf bis fünfzehn Beamte für mehrere Tage krankgeschrieben waren.

Der Polder, an dessen Grund dioxinhaltiges Sediment lagert. Die schwimmenden Pumpeinrichtungen füllen das Wasser langsam in einen anderen Polder um. Die Ablagerungen sollen später verbrannt werden.

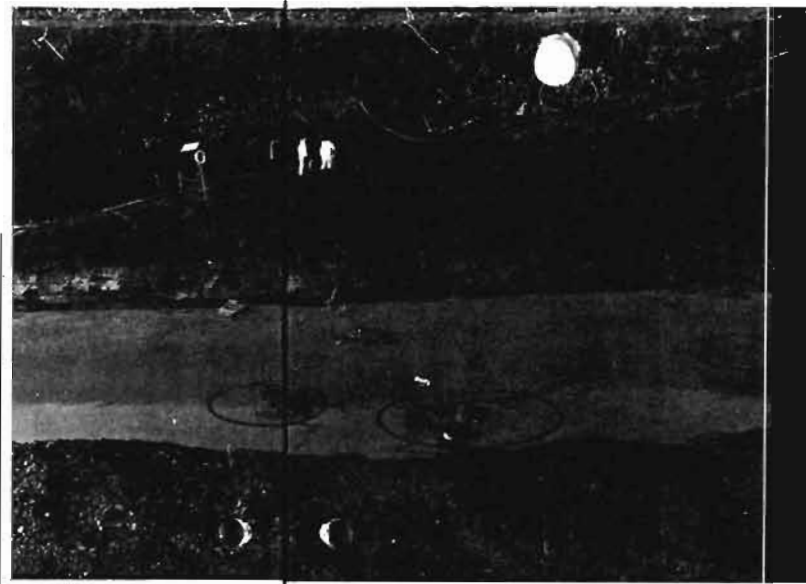
schwerden geklagt. Auch die Logistik bot Anlaß zur Kritik. Die Unterbringung war unzureichend, die sanitären Anlagen mangelhaft, es fehlte an heißem Wasser und so weiter. Man kennt das ...



Umweltschützer haben am Deponieeingang, der von der Polizei bewacht wird, Plakate aufgehängt.

Nachdem die Beschwerden der Kollegen der GdP zu Ohren gekommen waren, drängte die GdP beim Abteilungsleiter 2 (Öffentliche Sicherheit und Ordnung) des Innenministeriums sowie beim Inspekteur der Schutzpolizei umgehend auf Abhilfe. Die Kollegen hatten nicht nur über körperliche Be-

von der Angst und Unsicherheit, die sich unter den Kollegen ausbreitete, einmal ganz zu schweigen. Was bereits in der Landtagsdebatte am 14. Oktober politisch heruntergespielt werden sollte — Ministerpräsident Albrecht: „Wer trinkt schon einen Liter



Öl?“ — schlug offensichtlich auf die polizeiliche Einsatzleitung durch: Als einige Gruppen- und Zugführer die eingesetzten Beamten anwiesen, Schutzmasken zu tragen, ordnete der Einsatzleiter das Gegenteil an: „Solange ich hier keine Maske trage, wird hier generell keine getragen.“ Wobei der Vollständigkeit halber hinzugefügt werden muß, daß die Schutzmasken, die zur normalen Ausrüstung der Bepo gehören, lediglich zum Schutz vor Tränengas geeignet sind, bestensfalls Schwebeteilchen zurückhalten, aber gegen die auf der Sondermülldeponie Münchshagen zur Rede stehenden Gefahren wirkungslos sind. Aber — und das hätte der Einsatzleiter ebenfalls wissen müssen — die niedersächsische Polizei verfügt durchaus über Atemschutzgeräte und Schutzanzüge, mit denen sich die Beamten hätten wirkungsvoll schützen können.

Die GdP Niedersachsen machte nun Dampf. Die Krankmeldungen hörten nicht auf, so wenig wie die Abwiegungsversuche von oben. Am 26. November richtete die GdP sechs Fragen an den niedersächsischen Innenminister Möcklinghoff:

1. Ist von Seiten des Dienstherrn vor Einsatz der Polizeivollzugsbeamten die Frage einer möglichen gesundheitlichen Schädigung der Einsatzkräfte wissenschaftlich überprüft worden?
2. Ist im Hinblick auf die räumliche Absicherung der Sonder-

mülldeponie auch an eine Außenabsperzung des Gefahrenherdes gedacht worden?

3. Warum sind bei der jetzigen Durchführung des Objektschutzes die Polizeivollzugsbeamten nicht mit den in der Polizei vorhandenen Schutzausrüstungen ausgestattet worden?
4. Sieht der Niedersächsische Minister des Innern die z.Z. vorgenommene ärztliche Betreuung als ausreichend an?
5. Was gedenkt der Niedersächsische Minister des Innern zu tun, um aufgrund des noch für Wochen vorhersehbaren Einsatzes eine dauerhafte Belastung der eingesetzten Beamten zu verhindern?
6. Kann ein derartiger Einsatz von Polizeikräften überhaupt unter dem Gesichtspunkt der Fürsorgepflicht des Dienstherrn verantwortet werden?

Der GdP-Protest und ihre Fragen zeigten Wirkung: „Im Bereich des Innenministeriums dachte man nach“ (Horst-Udo Ahlers). Der Prozeß des Nachdenkens führte dann dazu, daß

- die Einsatzkräfte von 120 auf 88 reduziert wurden, weitere Reduzierungen sollen folgen,
- der Streifengang unmittelbar am Polder durch Natodraht überflüssig gemacht wurde,
- ein Hubwagen und Lichtmastkraftwagen zwecks besserer Überwachung herangeschafft,
- Toilettenwagen aufgestellt und
- Atemschutzgeräte und Schutzanzüge einsatzklar gemacht wurden.

Wer will, kann sie tragen, angeordnet wurde das Tragen nicht! Man darf gewiß nachdenken über diese in Polizeikreisen nicht gerade übliche Art der Freiwilligkeit: Wer besteht schon auf Schutzkleidung und Atemschutzgerät, wenn man oben — wie das Empfangskomitee beim GdP-Besuch ebenso wie die politische Führung — eher von der Harmlosigkeit der Deponie überzeugt ist, in der 226 Tonnen dioxinhaltiges Material liegen (wie ein Untersuchungsausschuß des Landtags in Hannover herausgefunden hat)? Und welcher Kollege fürchtet nicht, sich der Lächerlichkeit preiszugeben, wenn selbst die Deponiearbeiter, die in unmittelbarer Nähe der gefährlichen Brühe arbeiten, keine Atemschutzmasken tragen und den Reißverschluß des Schutzanzuges bis unter den Nabel geöffnet haben? Ich mag bei dieser Beobachtung auch nicht näher nachdenken über den Hintergrund der von Kommandeur Schendel geäußerten Bitte, die Arbeiter nicht zu interviewen. Um noch einmal auf das Thema Freiwilligkeit zurückzukommen: Bislang wurden Blutuntersuchungen lediglich im Krankenhaus Oldenburg gemacht. Das Ergebnis war negativ. Der GdP ist bekannt, daß das Bundeskriminalamt Blutuntersuchungen im Zusammenhang mit Dioxin an die Uni Bochum

Bochum durchführen zu lassen, „wenn die Beamten es wollen“. Eine bemerkenswert einfühlsame Respektbezeugung vor dem freien Willen der Beamten ... Zurück zum Besuch der GdP auf der Deponie Münchshagen. Die Sonne scheint kräftig, aber es stinkt widerlich. Kollege Kabus hatte mir soeben noch berichtet, daß hier zu einem Drittel Abfälle gelagert sind, von denen überhaupt keiner weiß, woraus sie bestehen, welche Wirkung sie erzeugen können. Und das Dreckzeug „liegt leider höchstens fünf Meter tief“, erklärt Kommandeur Schendel. Im Protokoll der bereits erwähnten Landtagsdebatte las ich, daß seit 1973 bekannt ist, daß hier dioxinhaltiges Material lagert. Auf solchem Boden geht man nicht locker spazieren, auch wenn unsere Begleitung unter Hinweis auf das mager sprießende Grün an den aufgeschütteten Erdwällen der Deponie an die Selbstheilungskräfte der Natur erinnert. Die GdP-Kollegen in Niedersachsen hätten mit ihrem engagierten Einsatz einiges bewirkt, wenn gleich die Sache Münchshagen noch lange nicht erledigt ist, sagte mir Kollege Ahlers auf der Deponie. Das GdP-Engagement habe sogar zu einer gewissen Beruhigung unter den Kollegen geführt. Ich frage ihn, ob und wie sich die Ereignisse um die Deponie auf die Einstellung der Kollegen zur Umweltproblematik ausgewirkt hätten.



GdP-Landesbezirksvorsitzender Ahlers diskutiert mit Kommandeur Schendel (rechts) und Einsatzleiter Napp: „Wir wollen jedes gesundheitliche Risiko für unsere hier eingesetzten Kollegen vermeiden!“

gibt, weil es die einzige Uni im Bundesgebiet sein soll, die über die notwendigen chemisch-technischen Voraussetzungen verfügt. Das Niedersächsische Innenministerium hat der GdP zugesagt — Geld spiele keine Rolle —, Blutuntersuchungen in

Kollege Ahlers: „Wenn einmal so hautnah sieht, was durch Umweltverschmutzung alles entstehen kann, dann wird er nahezu zwangsläufig sensibel für den Umweltschutz!“

Text und Bild: Adalbert Hält